Die ASMZ im Gespräch mit dem Direktor für Sicherheitspolitik im VBS : Raimund Kunz, Botschafter

Autor(en): **Kunz, Raimund / Feldmann, Josef**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **171 (2005)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-69837

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

... dem Direktor für Sicherheitspolitik im VBS

Raimund Kunz, Botschafter



* Botschafter Raimund Kunz ist Direktor für Sicherheitspolitik im VBS;
2001 bis 2004: Botschafter in Ägypten, Sudan und Eritrea, lic. phil., 3003 Bern.

Der Schritt vom EDA zum VBS war für Sie, dank Ihrer früheren Aktivitäten in der Abrüstungspolitik und im Rahmen der OSZE, kein Schritt in unbekanntes Neuland. – Hat Ihnen das den Start im neuen Amt erleichtert?

Ja, ich hatte mich im EDA tatsächlich vorwiegend mit Sicherheitsfragen befasst, von 1992 bis 1997 mit der OSZE, deren Vorsitz die Schweiz 1996 innehatte, und von 1998 bis 2001 als Leiter der Politischen Abteilung «Internationale Organisationen, Sicherheit und Friedensförderung». Ich habe mich damals mit verschiedenen Konflikten und mit der europäischen «Sicherheitsarchitektur» vertraut machen können. Dieser Hintergrund war mehr als eine Erleichterung, er war wohl eine Voraussetzung für mein neues Amt.

Weniger vertraut war ich hingegen mit unseren innerschweizerischen Verhältnissen. Die Debatten um Armeereformen und deren Umsetzung habe ich schon 1995 mehr von aussen verfolgt, die Armee XXI war für mich Neuland. Die Auseinandersetzung mit und das bessere Kennenlernen unseres schweizerischen «Sicherheitssystems» und unserer Sicherheits- und Militärpolitik gehörte zu meiner ersten Priorität nach meiner Ankunft im VBS.

Worin sehen Sie die markantesten Unterschiede im Arbeitsstil der beiden Departemente?

Im Präsidialjahr unseres Departementsvorstehers scheinen die Unterschiede geringer, denn die Aussenbeziehungen nehmen einen grösseren Raum ein. Tatsächlich ist man im EDA auf allen Stufen mit Aussenbeziehungen und -kontakten sowie mit den Entwicklungen im Ausland beschäftigt; das bestimmt den Arbeitsstil des Departementes. Die Auseinandersetzung mit dem Ausland fordert Offenheit und Einfühlungsvermögen gegenüber andern Denkweisen und Kulturen, erfordert aber auch solide Verankerung im eigenen Wesen. Der Stil ergibt sich aus der Vielfältigkeit der Aufgaben, natürlicherweise auch aus dem geltenden Versetzungsprinzip, das uns in der Regel alle vier Jahre in eine neue Aufgabe und/oder in eine neue Umgebung «versetzt». Innerhalb der Bundesverwaltung bildet das EDA sozusagen die Schnitt- bzw. die Kontaktstelle zwischen aussen und innen, es vertritt das Ausland gegenüber dem Inland, und umgekehrt das Inland gegenüber dem Ausland.

Auch für ein Verteidigungsministerium ist der Blick ins und die Zusammenarbeit mit dem Ausland zentral, die Perspektive ist jedoch etwas anders: Ein Verteidigungsministerium ist im Inland verankert und konzentriert seine tägliche Arbeit mehr auf die Entwicklungen im Inland, was seinen klareren, auch homogeneren Arbeitsstil bestimmt. Das VBS ist ausserdem viel grösser mit weit mehr verästelten Strukturen. Dies erfordert geordnete und hierarchisierte Abläufe. Beeindruckend ist die Qualität, mit der gearbeitet wird, und die als Vorgabe für die Produkte gilt. Sie ist gerade im Ausland Markenzeichen der Schweizer Einsätze.

Haben Sie selber Militärdienst geleistet? Was behalten Sie davon an positiven und negativen Eindrücken?

Ja, ich habe Militärdienst geleistet. Das ist schon lange her, ich besuchte die Rekrutenschule der Rettungstruppen im Sommer 1968. Ich brachte es bis zum Bataillons-Nachrichtenoffizier. Positiv für mich war die Erfahrung, als 21- und 23-jähriger Student Verantwortung für andere, d. h. Führungsverantwortung als Gruppen- und Zugführer zu übernehmen; das förderte den Realitätssinn, was damals für mich als 68er nur von Vorteil sein konnte. Als kalte Dusche bleibt mir der Eindruck der ersten RS-Tage in Erinnerung, als es galt, sich dem kollektiven Drill unter- bzw. einzuordnen.

Zuweilen gehörten zu den Spitzendiplomaten auch Persönlichkeiten, die eine respektable Offizierskarriere absolviert hatten, wie beispielsweise der Dragoneroberst Bindschedler oder die beiden Generalstabsoffiziere Jacobi und Jagmetti. – Glauben Sie, dass Ihnen diese Schulung im diplomatischen Dienst förderlich war?

Ihr Hinweis auf den «Dragoneroberst» erinnert mich an die Militärakademie, die wir letzten Dezember in Indien besucht haben. In der dreijährigen Ausbildung der Kadetten gehört Reiten zum militärischen Pflichtprogramm, die Begründung: Wer sein Pferd beherrscht, beherrscht sich selbst. Selbstbeherrschung lernt man in militärischen Führungskursen, sie gehört zu den Tugenden, die in beiden Karrieren von Nutzen oder vielmehr unerlässlich sind.

Die Beziehung zwischen beiden Berufslaufbahnen ist im Übrigen enger als gemeinhin vermutet würde: Beide werden – wie aus dem Namen hervorgeht – als «Dienst» verstanden, diplomatischer bzw. Militärdienst. Das in der klassischen Zeit des Nationalstaates geltende Konzept vom Krieg als «Fortsetzung der Politik sprich Diplomatie mit andern Mitteln» weist auf die Komplementarität der beiden Dienste hin. Diese kommt in der heutigen Friedensförderung in anderer Form wieder zum Tragen: der Diplomat an der Spitze der zivilen Wiederaufbauorganisation dient neben dem Kommandanten der militärischen Sicherungs- bzw. Stabilisierungseinheit dem gleichen Ziel, nämlich dem Wiederaufbau eines kriegszerstörten Gebietes.

Kurz: Militärische Schulung kann dem Diplomaten nur nützen. Umgekehrt braucht der Soldat in den heutigen Einsätzen zunehmend auch diplomatisches Geschick.

Wie charakterisieren Sie die Funktion Ihrer Direktion zwischen EDA und VBS?

Erlauben Sie mir zuerst, die Kernaufgaben der DSP zu skizzieren. Die Direktion ist nach den ersten Erfahrungen auf Grund einer Leistungsanalyse auf wenige Kernaufgaben ausgerichtet worden. Das gibt ihr gegenüber den für Sicherheitspolitik zuständigen Stellen im EDA ein eigenes Profil.

Die seit den 90er-Jahren erfolgte Ausweitung des Sicherheitsbegriffs sowie die Zunahme der internationalen Aspekte auch im Verteidigungsbereich haben eine Einheit, die sich eigens mit diesen Belangen befasst, nötig gemacht. Die DSP bringt demzufolge die politische Dimension in die Departementsgeschäfte ein, im Bereich der Verteidigung, der Einsätze im In- und Ausland, der Gestaltung unserer Streitkräfte sowie im Bereich des Bevölkerungsschutzes. Massgebend dabei sind die Entwicklungen des internationalen Umfeldes sowie die politischen Möglichkeiten und Grenzen auf nationaler Ebene. Die Direktion ist deshalb international und national namentlich auch mit entsprechenden Denkinstitutionen vernetzt.

Die konzeptionelle und praktische Vorbereitung der Auslandbeziehungen und -kontakte des Departementschefs ist eine weitere Aufgabe der DSP. Ein besonderer Akzent liegt dabei auf den politisch-strategischen Aspekten unseres Verhältnisses zur europäischen Sicherheitsarchitektur.

Wichtig ist die politische Dimension insbesondere auch für unsere prospektiven Planungsarbeiten wie die Streitkräfteplanung.

Das internationale Genf mit den drei Zentren sowie die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich sind wichtige Instrumente unserer internationalen und nationalen Sicherheitspolitik. Sie leisten beachtliche Ausbildungs- und Forschungsdienste, sie leisten aber auch Denk- und Vordenkarbeit, von der wir profitieren können. Sie müssen die engsten Partner der DSP sein.

Schliesslich leistet das VBS auch einen wesentlichen Beitrag an das internationale Rüstungskontroll- und Abrüstungsregime. Die DSP bündelt die Interessen und Beiträge des VBS und bringt sie in die schweizerischen Vertretungen und Delegationen an den verschiedenen Foren wie Genf, New York und Wien ein.

Dem EDA leisten wir in diesem Sinne Zubringerdienste. Komplementär sind unsere Aufgaben vor allem auch im Bereich der Friedensförderung. Denn sie umfasst eine zivile und militärische Komponente, die beide bei heutigen Wiederaufbauoperationen unerlässlich sind.

Seit rund zehn Jahren ist unsere Armee an «Partnership for Peace» beteiligt. Worin sehen Sie den wesentlichen Nutzen dieses Engagements?

Partnership for Peace gibt uns Zugang zu militärischer Expertise und Erfahrungen. Tatsächlich werden in den Ausschüssen, die uns offen stehen, Erfahrungen und Informationen über eine ganze Palette von Themen ausgetauscht, von denen wir nur profitieren können. So kann die Armee in diversen, fachspezifischen Komitees und Arbeitsgruppen am Erfahrungsaustausch und Lernprozess aus friedensunterstützenden Einsätzen oder Katastrophenhilfeeinsätzen teilhaben. Im Rahmen des «Civil Aviation Planning Committee» wurden zum Beispiel die gemachten Erfahrungen betreffend Evakuation, Gesetzgebung und Logistik nach der Tsunami-Katastrophe analysiert und Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt. Die Armee kann sich weiter über neue Einsatzkonzepte und -regeln informieren und von den Erfahrungen und der Expertise anderer Staaten profitieren. Daraus resultieren wichtige Erkenntnisse für die Streitkräfteentwicklung. Sie kann sich an multinationalen Entwicklungs- und Evaluationsprojekten in der Rüstungspolitik beteiligen und damit Kosten sparen; in der NAMSA (NATO Maintenance and Supply Agency) werden z. B. wichtige Erkenntnisse zur Materialerhaltung und Ersatzteilversorgung gewonnen. Schliesslich beteiligt sie sich an der Formulierung gemeinsamer technischer Normen und Standards, z. B. im Kommunikations- oder Logistikbereich.

Wie die andern Partnerstaaten bietet die Schweiz ihrerseits Dienstleistungen an, in deren Rahmen die Armee auch ihre eigene Expertise einbringt. So organisiert sie rund 20 PfP-Kurse pro Jahr, z. B. Ausbildungskurse in Kriegsvölkerrecht, im Schutz vor ABC-Waffen, in Gebirgstechniken. Die Genfer Zentren spielen dabei eine prominente Rolle. Die Schweiz unterstützt diverse Staaten – vor allem in Südosteuropa – bei der Modernisierung und Demokratisierung ihrer Verteidigungsstrukturen, z. B. durch die Ausbildung in modernen Führungs- und Kommunikationsmethoden oder durch Materiallieferungen; sie unterstützt, gemeinsam mit anderen Ländern, einzelne längerfristige «Treuhandfondsprojekte» zur Zerstörung alter Munition und Gefechtsköpfe.

Was halten Sie von der oft wiederholten Behauptung, die Beteiligung an PfP sei ein Schritt in Richtung Integration unserer Armee in die NATO?

Diese Behauptung stimmt in verschiedener Hinsicht nicht. Für Schritte in Richtung Integration in die NATO bräuchte es die Zustimmung von Parlament und Volk. Die Grenzen unserer Mitwirkung sind durch die Neutralitätspolitik klar vorgegeben, sie hindern uns, Verpflichtungen zu übernehmen, welche uns in irgendeiner Form in einen Konflikt ziehen könnten. Das Partnerschaftsprogramm können **wir** auswählen und vorschlagen, unsere Entscheidungsfreiheit wird respektiert. Wie die erwähnten Beispiele zeigen, würden wir uns mit einem Verzicht auf die Teilnahme vielmehr selber schaden, indem wir uns selbst von ergiebigen Informations- und Erfahrungsquellen ausschliessen würden. Dieser Austausch ermöglicht unserer Armee auch, kooperationsfähig zu sein. Diese Fähigkeit braucht sie, z. B. für die Luftüberwachung zur Sicherung von Konferenzen oder Grossanlässen, die vielfach in Zusammenarbeit mit benachbarten Luftwaffen erfolgt, oder für Friedensunterstützungseinsätze.

Die Frage der Auslandeinsätze von Schweizer Soldaten ist umstritten. – Wie beurteilen Sie Nutzen und Risiken?

Für Auslandeinsätze gibt es gute Gründe, ein erster ist uns wie zur Selbstverständlichkeit geworden, er darf gerade deshalb in Erinnerung gerufen werden. Die Antwort auf die Frage nämlich: «Was gibt unserem Land eigentlich Sicherheit?», führt uns notwendigerweise auf unser europäisches Umfeld und damit auf die Bedeutung der NATO und der EU. Diese beiden Organisationen sorgen und stehen für die Sicherheit und Stabilität unseres Umfeldes. Auch wenn beide Organisationen vor Herausforderungen stehen, so ist doch klar: ihre Existenz allein und ihre Aktivitäten kommen unserer Sicherheit zugute, unabhängig davon, ob wir Mitglied sind oder nicht. Die Erweiterung beider Organisationen nach Osten und Südosten trägt zur Stabilisierung auch unseres weiteren Umfeldes bei. Das Engagement beider Organisationen für die Förderung des internationalen Friedens, auf dem Balkan, in Afghanistan, im Sudan und in weiteren Krisengebieten liegt auch in unserem Interesse.

Aus diesem Grund allein ist es wichtig, dass auch wir unseren Beitrag leisten. Unsere Nicht-Mitgliedschaft hindert uns nicht daran, mit zivilen, aber auch mit militärischen Mitteln friedenserhaltende Einsätze dieser Organisationen zu unterstützen, sofern sie von der UNO oder der OSZE mandatiert sind.

Zweitens sind die Bedrohungen und Risiken massgebend, die grenzüberschreitend geworden sind und ihren Ursprung meist in fragilen Staaten und Regionen haben. Verteidigung bedeutet deshalb immer mehr, Risiken dort bekämpfen, wo sie herkommen. Die Streitkräfte werden demzufolge in erster Linie für Krisenbewältigung, Stabilisierungs- und Sicherungseinsätze sowie für Konfliktprävention benutzt und entsprechend vorbereitet.

Vor diesem Hintergrund sind die Armee XXI und der am 11. Mai vom Bundesrat beschlossene Entwicklungsschritt die angemessenen Antworten auf die gegenwärtigen Herausforderungen.

Schliesslich ist der Bedarf für militärische Sicherungskräfte enorm. Im Zusammenhang mit den Reformvorschlägen appelliert Kofi Annan einmal mehr an die UNO-Mitgliedstaaten, Personal und Kontingente bereitzustellen und für UNO-Missionen zu reservieren. Anfragen für Militär- und Polizeikräfte für Wiederaufbaumissionen erreichen auch uns dauernd. Können wir uns gegenüber diesen Bedürfnissen und Herausforderungen einfach abschotten?

Armeeangehörige, die sich in Auslandeinsätzen engagieren, sind oft mit Fragen des Kriegsvölkerrechts konfrontiert. Solche Fragen könnten aber auch an Wehrmänner im normalen Dienst im eigenen Land herantreten. – Erachten Sie die Schulung der Angehörigen unserer Armee (insbesondere der Offiziere) in Fragen des Kriegsvölkerrechts für genügend, oder sollte mehr getan werden?

Ich kenne die Abteilung im VBS, die für die Ausbildung der Offiziere verantwortlich ist. Ihr Programm ist ausgezeichnet und wird auch mit Erfolg in internationalen Kursen eingebracht.

Das Gespräch führte KKdt a D Josef Feldmann. ■